

SPD- Fraktion

Rede zum Haushalt 2021

09.03.2021

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,**

Der Haushaltsentwurf der Gemeinde Sonsbeck liegt seit dem 10. Dezember 2020 vor. Herrn Tenhagen, der den Haushaltsplan in unserer Klausurtagung detailliert vorgestellt und erläutert hat, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Seit nunmehr einem Jahr leben wir in einer Situation, die für uns alle nicht vorstellbar war. Die Corona Pandemie hat eine bisher unbekannte Krisensituation geschaffen. Auch wir als Kommune sind von den Auswirkungen der Krise betroffen und Corona wird uns auch in 2021 noch lange begleiten.

Ein besonderer Dank gilt hier auch der Verwaltung, die es ermöglicht hat, dass während des Lockdowns alle Ausschusssitzungen unter Beachtung der Infektionsschutzverordnung im Kastell stattfinden konnten.

Die Situation, die viele Existenzen bedroht, die zu Umsatz- und Gewinneinbrüchen führt, spiegelt sich auch bei den Einnahmen der Kommunen wider, insbesondere bei den Gewerbesteuererinnahmen. Aus dem von Bund und Land aufgelegten Hilfsprogramm erhält die Gemeinde Sonsbeck Ausgleichszahlungen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf weist aktuell ein Haushaltsdefizit in Höhe von ca. 1,6 Mio. € aus. Ein Ausgleich des Ergebnisplanes kann durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage erreicht werden.

Liquide Mittel für aktuelle und geplante Investitionen stehen in ausreichendem Maße zur Verfügung. Investitionen, die durch Förderprogramme des Landes finanziert werden sind z.B. die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses, der Bau des Aussichtsturms und die Sanierung der Turnhalle an der Grundschule.

Nach wie vor sehen wir die Komplettsanierung der ca. 50 Jahre alten Turnhalle mit mehr als 2 Mio. € sehr kritisch. Die Entscheidung diese unwirtschaftliche Investition zu realisieren war maßgeblich von dem Abzapfen eines Fördertopfs motiviert. Die Bezeichnung des Projekts – Sonsbeck in Bewegung – klingt schon fast zynisch. Die Planung einer neuen zeitgemäßen Turnhalle wäre ein Zeichen für Bewegung in die Zukunft gewesen.

Nach wie vor fehlt auf der Investitionsliste die Sanierung unserer Begegnungsstätte. Vor 8 Jahren, in 2013, hat der Rat ein Sanierungskonzept Kastell erarbeitet und beschlossen. Diesem Beschluss lag eine Prioritätenliste sowie eine Zeitschiene zur Umsetzung der Maßnahmen zugrunde. Nun wird die Sanierung des Kastells von der Verwaltung in das Jahr 2024 verschoben. Der Ratsbeschluss hat in diesem Fall wohl nur symbolischen Charakter.

Bereits in 2019 wurde festgestellt, dass an der JHW-Grundschule Fachräume fehlen und ein weiterer OGS- Gruppenraum benötigt wird. Daraufhin wurde in 2020 ein Planungskostenansatz für Hochbaumaßnahmen von 50.000 € gebildet, jedoch nicht mit der Ambition der schnellen Umsetzung. Der Haushaltsansatz wurde ins Folgejahr

übertragen. Aktuell bietet sich nun die Chance die Maßnahme „Vorplanung/Erweiterung /Neubau der Ganztagsbetreuung“ im Rahmen einer Landesfördermaßnahme umzusetzen. Dank des Fördertopfes wird nun eine Planung erstellt. Die Realisierung der Schulerweiterung sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die Betreuung von Kindern in alten Containerklassen auf dem Schulhof muss als Dauerprovisorium beendet werden.

Die Pandemie hat Schwachstellen bei der Ausstattung der Schulen, insbesondere bei der Digitalisierung aufgezeigt. Im Rahmen des Digital-Pakts Schule erfolgt nun eine verspätete technische Aufrüstung durch Inanspruchnahme der Fördermittel. Ein digitales Endgerät, Laptop oder Tablet, gehört in der heutigen Zeit in jede Schultasche. In Sonsbeck nicht! Welch ein Glück, dass die private Realschule in Sonsbeck nicht von Beschlüssen des Rates abhängig ist. Jeder Schüler*in ist mit einem Laptop ausgestattet.

Investitionen in Bildung dürfen nicht nur von Zuschüssen abhängig gemacht werden. Dass es auch anders geht, beweisen die Nachbarkommunen.

Es ist Aufgabe der Politiker die Weichen für die Zukunft zu stellen. Die SPD-Fraktion beantragte bereits zu Beginn des Jahres 2019 sowie erneut in 2021 die Erstellung eines kommunalen Entwicklungskonzepts. Abgelehnt!

Ein kommunales Entwicklungskonzept beschreibt Ziele, Handlungsfelder und Projekte für die Entwicklung einer Gemeinde. Das Konzept definiert kurz- bis mittelfristig umzusetzende Ziele, insbesondere wenn aufgrund bestehender Defizite Handlungsbedarf besteht. Ein Haushaltsansatz von 50.000 € für externe Beratung wäre ein wichtiger Baustein für die Gemeindeentwicklung gewesen.

Dieses Konzept bildet dann die Grundlage zur Fortschreibung des bis 2025 gültigen Gemeindeentwicklungsplans.

Aus heiterem Himmel flatterte der CDU-Antrag, den GEP fortzuschreiben, in die Ausschusssitzung. Dass der GEP fortgeschrieben werden sollte ist unstrittig, da er ein sinnvolles Planungsinstrument darstellt. Über die Struktur und Arbeitsabläufe hätte zunächst ein überparteilicher Konsens hergestellt werden müssen, wie es allgemein üblich ist.

Der Antrag ist zudem nicht schlüssig, da der Haushaltsansatz in Höhe von 100.000 € in 2021 nicht benötigt wird. Die Antragstellung macht deutlich, dass hier lediglich Aktionismus zur Schau gestellt wird.

Schon im GEP, der Ende der 90er Jahre erarbeitet worden ist, steht u.a. geschrieben: „Das Verkehrsaufkommen beeinträchtigt die Nutzung und die Atmosphäre der Hochstraße. Das Leistungsvermögen der Straße ist an seine Grenzen gelangt.“ Bis heute hat sich an der Situation nichts geändert. Die Belastung, insbesondere durch den Durchgangsverkehr ist noch gestiegen.

Seit Ende Januar liegt nun ein neues Verkehrsgutachten vor und macht deutlich, dass konkrete Lösungen zur Entlastung des Ortskerns durch eine Ortsumgehung sehr viel Zeit brauchen werden. Der Vorschlag des Gutachters, eine Entlastung der Hochstraße durch eine Reduzierung des Geschwindigkeitsniveaus auf Tempo 30 zeitnah zu erwirken, von der SPD erneut beantragt, wird abgelehnt.

Das über Monate erarbeitete Gutachten ist der CDU und der Verwaltung nicht gut genug. Die Einrichtung eines Arbeitskreises und weitere kostspielige Begutachtungen sollen nun das gewünschte Ergebnis bringen. Das wird dauern.

Auch die Stärkung unserer Ortsmitte erfährt keine Priorität. Bereits am 09.Juli 2020 wurde das Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren von der Landesregierung aufgelegt. Es ist schon erstaunlich, dass dieses Programm von der Verwaltung nicht eigeninitiativ vorgestellt wurde.

Durch dieses Programm kann Leerständen entgegengewirkt werden. Auch Corona bedingte Folgen können aufgefangen werden, indem Geschäftsaufgaben verhindert werden.

Die Teilnahme an diesem Programm wird als nicht passend zu den örtlichen Problemen abgelehnt. Die Stellungnahmen von Verwaltung und CDU dokumentieren mangelnde Kenntnis und fehlendes Engagement. Wieder eine verpasste Chance etwas für das Herz unserer Gemeinde, die Ortsmitte, zu tun.

Die Sicherung der ärztlichen Versorgung in unserer Gemeinde ist zu spät und nur auf Druck der Opposition thematisiert worden. Die Realisierung eines Ärztehauses ist dem in Sonsbeck praktizierenden Arztehepaar nicht ermöglicht worden. CDU und Verwaltung waren nicht bereit dieses Projekt im Rahmen einer kommunalen Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Verwaltung und Politik in Uedem nutzten ihre Chance. Der Bürgermeister sprach von einer Sensation für Uedem. Es bleibt zu hoffen, dass aus der Sensation für die Nachbarkommune kein Desaster für Sonsbeck wird. Nach Aufgabe von 2 Kassenarztsitzen zum 30.09.2021 in Sonsbeck droht in absehbarer Zeit eine Unterversorgung.

Mit penetranter Hartnäckigkeit behauptet die Verwaltung: "Es ist Aufgabe der KV die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung zu gewährleisten."

Durch Ausweisung der Kassenarztsitze und Bereitstellung umfänglicher Förderpakete hat die KV im Rahmen ihrer Zuständigkeit vollumfänglich gehandelt. Somit liegt die Verantwortung nun bei der Kommune, attraktive Niederlassungsbedingungen zu schaffen. Dazu ist die Gemeinde ausdrücklich von der KV aufgefordert worden.

Der von Bündnis90/die Grünen, BIS und SPD eingebrachte Antrag beinhaltet externe Beratung, Schaffung von Niederlassungsanreizen von einmaligen Zuschüssen bis hin zur Erstellung von Praxisräumen zur Anmietung. Alle Optionen, falls erforderlich, ziehen zu können, halten wir für den richtigen Weg. Die von der Mehrheitsfraktion beschlossene „Förderrichtlinie“ der Verwaltung erfüllt diese Bedingungen nicht.

Erneut liegt dem vorliegenden Haushaltsentwurf kein fundiertes Konzept zugrunde. Es fehlen Impulse für eine zukunftssichere Entwicklung unserer Gemeinde.

Die SPD-Fraktion lehnt den Haushaltsentwurf 2021 ab.

Christa Weidinger, Fraktionsvorsitzende